

# PRESSEUNTERLAGE

## zum Hintergrundgespräch der Österreichischen Universitätenkonferenz (uniko) am 26. März 2018

### Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner:

Mag. Eva Blimlinger, Präsidentin der uniko, Rektorin der Akademie der bildenden Künste Univ.-Prof. Mag. Dr. Martin Polaschek, Vorsitzender des Forums Lehre, Universität Graz

### Thema:

Zur Zukunft des Bologna-Prozesses – Positionspapier der uniko

*2018 jährt sich die Sorbonne Deklaration (25. Mai 1998), deren Existenz zur Entstehung der Bologna-Reform wesentlich beigetragen hat, zum zwanzigsten Mal. 2019 trifft dies auch auf die Bologna Deklaration (19. Juni 1999) zu. Diese Jahresjubiläen sowie Diskussionen auf europäischer Ebene zur Zukunft der Bologna-Reform nimmt die **Österreichische Universitätenkonferenz (uniko)** zum Anlass, um einige grundsätzliche Positionen zur Zukunft des Bologna-Prozesses darzulegen.*

Zunächst sollte zum Jubiläum der Sorbonne-Deklaration der unbestreitbare Fortschritt im Europäischen Hochschulraum (EHR) hervorgehoben werden: Mobilität von Studierenden, Lehrenden, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung, Anerkennung nationaler Bildungsabschlüsse, mehrstufige Studienarchitektur. Aber auch auf die Probleme des Bologna-Prozesses muss rechtzeitig vor dem kommenden Treffen der europäischen Ministerinnen und Minister im Mai 2018 hingewiesen werden. Die uniko hat diese in einem vom Plenum beschlossenen **Positionspapier** deutlich benannt:

- Ein grundsätzliches Problem besteht in der **mangelnden Einbindung der Hochschulen in den Bologna-Prozess**. Diese wurde zwar immer wieder eingemahnt, allerdings werden die entscheidenden Diskussionen vornehmlich in Arbeitsgruppen von ministeriellen Vertreterinnen und Vertretern geführt.
- Diskussionen von universitäts- bzw. hochschulpolitischen Spezialthemen bauen daher nicht ausreichend auf der Expertise und den Erfahrungen der Universitäten auf. Das derzeit bestehende **Manko** offenbart sich sowohl auf nationaler als auch **auf europäischer Ebene**, wo kaum Vertreterinnen und Vertreter der Universitäten in die sogenannten Bologna-Follow-Up-Gruppe und Arbeitsgruppen entsandt werden. Dies betrifft vor allem die Kommunikation von nationalen Schwerpunkten, aktuellen Themen und Schwachpunkten auf die europäische Ebene.

„Die Bologna-Reform kann angesichts der stattgefundenen Entwicklungen im Zeitraum von zwanzig Jahren durchaus als Erfolgsstory der österreichischen Universitäten gesehen werden“, betont **uniko-Präsidentin Eva Blimlinger**. Allerdings erscheine es im Hinblick auf die aktuellen politischen Entwicklungen in einigen Staaten des EHR und in Sorge über das europaweite Erstarken von Radikalismus und Populismus geboten, einen lebendigen und integrativen Prozess aufrechtzuerhalten, an dem sich alle Staaten beteiligen.

Aus diesem Grund befürwortet die **Österreichische Universitätenkonferenz** ausdrücklich eine Neuordnung und Neuorientierung des Bologna-Prozesses und hat dazu folgenden **Maßnahmenkatalog** ausgearbeitet:

- Die Hochschulen wollen die Reform des Bologna-Prozesses selbst in die Hand nehmen statt sich von Verwaltungsgremien in eine passiv-reaktive Position drängen zu lassen.
- Bestehende Strukturen des EHR dürfen nicht durch ständige Erweiterung der Themenpalette geschwächt werden.
- Auf die Ministercommuniqués in der bisherigen Form sollte verzichtet werden, was zu einer deutlichen Reduktion der kaum mehr überschaubaren (Sub-)Arbeitsgruppen und Rahmenpapiere führen würde.
- Alternativ sollte alle fünf Jahre ein Monitoring-Bericht erstellt werden, der den Stand und die aktuellen Entwicklungen der europäischen Hochschulsysteme zeigt und der im Rahmen eines strategischen Treffens auf politischer Ebene diskutiert wird.
- Die politische Ebene muss die Hochschulen bei der Entwicklung von relevanten Themen und Projekte stärken, z.B. indem „Ideenlabors“ gefördert werden, die nahe an der universitären Praxis sind.

„Da alle Universitäten unterschiedliche Voraussetzungen in Bezug auf Standort, angebotene Studien und Größe der Studierendenschaft haben, ist es unumgänglich, dass die Universitäten mehr als bisher selbst die Verantwortung übernehmen, wie sie Themen des Europäischen Hochschulraums aufgreifen und umsetzen“, erklärt dazu der **Vorsitzende des Forums Lehre** in der uniko, Vizerektor **Martin Polaschek**. Hier seien in Zukunft vermehrt eigenständige, flexible und individuelle Lösungsansätze notwendig, um Herausforderungen adäquat begegnen zu können. Die bisher gehandhabte Praxis der Zielvorgaben durch Ministertreffen im Zwei- bis Dreijahresrhythmus wird gerade dafür als wenig zielführend betrachtet und sollte durch strategische Treffen im Fünfjahresrhythmus ersetzt werden.